

**Protokoll
über die 42. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 12.12.2007**

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Jähmig, Claus Jürgen Fraktion
Unabhängige Bürger

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Voss, Renate Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian CDU-Fraktion
und Liberale

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian CDU-Fraktion
und Liberale
Lederer, Walter Fraktion DIE
LINKE
Meslien, Daniel SPD-Fraktion
Nolte, Stephan CDU-Fraktion
und Liberale
Walther, Manfred SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Steinmüller, Rolf Fraktion
Unabhängige Bürger
Strähnz, Michael Fraktion DIE
LINKE

Verwaltung

Buck, Holger
Corbie, Birgit

Junghans, Hermann
Kasten, Bernd Dr.
Seifert, Heike

Schriftführer

Credè, Norbert

Gäste

Schorr, Peter

Leitung: Claus Jürgen Jähmig

Schriftführer: Norbert Credè

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 14.11.2007 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung von Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

- 4.1. NKHR - Budgetierung - Erfüllungsbericht 01.01. - 30.09.2007
Vorlage: 01812/2007

- 4.2. Entwurf des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Westmecklenburg
Stellungnahme der Landeshauptstadt Schwerin im 1. Beteiligungsverfahren
Vorlage: 01822/2007

5. Beratung von Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 5.1. Gedenktafel am Geburtshaus des Ehrenbürgers Ludwig Bölkow
Vorlage: 01737/2007

- 5.2. Attraktives und vielfältiges Schwimm-, Erholungs- und Badeangebot für die Schweriner
Bevölkerung sichern
Vorlage: 01821/2007
- 5.3. Aufnahme des Sportplatzes Neumühle in das Sportkonzept der Stadt
Vorlage: 01832/2007
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr **Jähnig**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.
Der Ausschuss stimmt der um Punkt 4.2 ergänzten Tagesordnung zu.

Beschluss:

Die um Punkt 4.2. ergänzte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 14.11.2007 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Beschluss:

Die Niederschrift der 41. Sitzung vom 14.11.2007 wird einstimmig bei zwei Enthaltungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

1. Herr **Junghans** teilt mit, dass das Bauvorhaben „Astrid-Lindgren-Schule in Schwerin“ zur Veröffentlichung in einer internationalen Architekturzeitung zum Thema "Farbe in der Architektur" ausgewählt sei.

2. Herr **Junghans** informiert über die Stellungnahme der Stadt zum Bericht des Landesrechnungshofes und den darin enthaltenen Vorschlägen für eine veränderte Theaterstruktur. Die mit der Prüfung beauftragte Unternehmensberatungsgesellschaft schlage eine Fusion in allen Sparten des Volkstheaters Rostock und des Staatstheaters Schwerin vor. Dadurch könnten der Personalbestand insgesamt auf etwa 500 Stellen reduziert und die städtischen Zuschüsse zum Theater nahezu halbiert werden.

Mit dieser Variante wäre laut Bericht das derzeitige Angebot zu halten, in manchen Bereichen seien sogar qualitative Verbesserungen möglich.

Darüber hinaus benenne der Bericht eine „interkommunale Minimalvariante“ als Alternative mit 350 Stellen und einem auf ca. 2,5 Mio. Euro für jede Stadt reduzierten Zuschuss, mit der ein eingeschränkter Theaterbetrieb aufrecht zu erhalten wäre.

In ihrer Stellungnahme weise die Stadt darauf hin, dass bei keinem der erfolgreichen Modelle einer Theaterfusion die Theater so weit voneinander entfernt lägen wie Schwerin und Rostock. Man befürchte deshalb, dass die entstehenden Fahrt- und Transportkosten die Effizienzgewinne aufzehren könnten.

Über den Landesrechnungshof sei Unternehmensberatung gebeten worden, sich mit den Argumenten der Stadt auseinander zu setzen und den Fusionsvorschlag daran zu prüfen.

Ferner verweise die Stadt auf die bisher fehlende Bereitschaft Rostocks, allein über ein Kooperationsmodell zu verhandeln. Wenn sich die Haltung Rostocks nicht ändere, könnten nur über Aktivitäten des Landes Gespräche zur Zukunft der Theater aufgenommen werden. Dieses werde sich dann sowohl hinsichtlich einer Neugliederung der Theaterlandschaft als auch hinsichtlich finanzieller Zusagen positionieren müssen.

Herr **Walther** sieht in der Entfernung der Spielstätten ebenfalls ein Problem. Er sehe allerdings auch ohne Fusion oder Kooperation noch Möglichkeiten der ökonomischen Effizienzsteigerung beim Staatstheater und regt eine über den Aufsichtsrat zu initiierte externe Organisationsprüfung an. Allerdings sollten

Fachleute beispielsweise des Deutschen Bühnenvereins diese Prüfung vornehmen.

Herr **Jähmig** deutet auf die dem Ausschuss fehlende rechtliche Kompetenz hin, eine solche Prüfung über den Aufsichtsrat anzuregen.

Herr **Junghans** schlägt vor, zunächst den Bericht des Landesrechnungshofes, der vielleicht schon im Januar vorliege, abzuwarten.

3. Frau **Seifert** berichtet über den Stand der Vorbereitungen des Projekts „Sportpark Lankow“. Die Projektierungsgesellschaft habe inzwischen die Datenerhebung zur Nutzung der Sportanlagen bei Sportvereinen und Schulen abgeschlossen. Es sei im ersten Quartal 2008 die Vorstellung zweier Varianten zu erwarten.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn **Meslien**, schätzt Frau **Seifert**, dass ein Abschlussbericht zur Planung im ersten Halbjahr vorliegen werde. Dann sei auch eine Kostenermittlung für verschiedene Varianten erstellt, so dass konkret über die Inanspruchnahme von Fördermitteln gesprochen werden könne.

Herr **Meslien** fragt nach dem Stand der Entwicklung des Kooperationsprojekts zwischen der Stadt, der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer (HWK) im Bereich der Beruflichen Schule Technik.

Herr **Buck** berichtet, dass sich Verzögerungen durch eine ins Auge gefasste Ausweitung auf weitere Berufsgruppen und vor allem die Unsicherheit über die Kreisgebietsreform gegeben habe. Letzteres werde auch weiterhin das Projekt beeinflussen, so dass kaum vor 2009/2010 Entscheidungen zu erwarten seien.

Herr **Lederer** bittet unter Hinweis auf den gerichtsanhängigen Fall eines gewalttätig gewordenen Schülers der Bertolt-Brecht-Gesamtschule um Information über den Stand der Angelegenheit.

Herr **Junghans** verweist auf die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft; er könne daher keine Auskunft geben. Allerdings arbeite die Verwaltung an Möglichkeiten zur Ausweitung der Schulsozialarbeit. Im Rahmen des angekündigten Landesprogramms „Lehrer als Sozialarbeiter“ (vgl. Niederschrift der 41. Sitzung vom 14.11.2007, Diskussion zu TOP 4), sei für die Bertolt-Brecht-Schule eine zweite Schulsozialarbeiterstelle vorgesehen.

Herr **Lederer** berichtet von Klagen einzelner Schweriner Gastronomen, über die Anmietung von Wohnungen für Saisonpersonal. Insbesondere die WGS Wohnungen habe befristete Vermietungen in verschiedenen Fällen abgelehnt. Herr **Meslien** als Mitglied des Aufsichtsrats der WGS erklärt sich bereit, das Thema dort anzusprechen.

**zu 4.1 NKHR - Budgetierung - Erfüllungsbericht 01.01. - 30.09.2007
Vorlage: 01812/2007**

Bemerkungen:

Frau **Corbie** stellt den Bericht vor und ergänzt ihn um aktualisierte Daten zu den Budgeterfüllungen. Danach seien zu Ende November bei fünf Budgets Verschlechterungen und bei einem eine Verbesserung zu verzeichnen.

Auf die Bemerkung von Herrn **Lederer**, dass bei der Prognose zum Kulturbudget ein negatives Ergebnis stände, bedeutet Frau **Corbie**, es handele sich um einen Zuschussbereich und das Minuszeichen bedeute einen verringerten Zuschuss, damit also eine Verbesserung des Budgets.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 4.2 Entwurf des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Westmecklenburg
Stellungnahme der Landeshauptstadt Schwerin im 1. Beteiligungsverfahren
Vorlage: 01822/2007**

Beschluss:

Die Vorlage wird vom Ausschuss ohne Aussprache einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5 Beratung von Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Gedenktafel am Geburtshaus des Ehrenbürgers Ludwig Bölkow
Vorlage: 01737/2007**

Verschiedene Mitglieder des Ausschusses äußerten ihr Befremden über die erneute Überweisung dieser Vorlage, zumal ihnen der Grund dafür nicht bekannt sei.

Herr Walther wies darauf hin, dass es sich bei dem Haus in der Goethestraße nicht um das Geburtshaus Ludwig Bölkow handele. Dass das Haus von Familie

Bölkow aber inzwischen gründlich saniert worden sei, zeuge von der Bedeutung, die ihm von dieser Seite beigelegt werde. Wenn also ein Tafel angebracht werde, solle es an diesem Haus geschehen.

Herr **Meslien** beantragte die Nichtbefassung zu beschließen; der Ausschuss stimmte dem Antrag mehrheitlich zu.

Beschluss:

Unter Verweis auf die Beschlussfassung über den Antrag in der Sitzung vom 10.10.2007 beschließt der Ausschuss, sich nicht erneut mit der Vorlage zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0

zu 5.2 Attraktives und vielfältiges Schwimm-, Erholungs- und Badeangebot für die Schweriner Bevölkerung sichern Vorlage: 01821/2007

Bemerkungen:

Herr **Jähnig** ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und weist darauf hin, dass nur noch der Ergänzungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger zu beraten und zu votieren sei.

Herr **Junghans** teilt mit, dass sich die Verwaltung zur Zeit mit den Fragen zum Entwurf des Schwimmhallenkonzepts befasse und im ersten Quartal 2008 ein Konzept mit Alternativen vorlegen werde. Er bitte deshalb, vorher möglichst keine Festlegungen zu treffen.

Die Verwaltungsspitze habe inzwischen die Fachämter beauftragt, eine Sanierung beider Schwimmhallen kostenseitig zu prüfen und darzustellen. Das Ergebnis der Prüfung erst einmal abgewartet werden.

Herr **Jähnig**, Herr **Strähnz** und Herr **Lederer** machten darauf aufmerksam, dass es im Antrag nicht um konzeptionelle Fragen gehe, sondern um kurzfristige Maßnahmen.

Herr **Ehlers** bittet um Auskunft über die Kosten, die bei einer Öffnung der Bäder für das Bevölkerungsschwimmen auf die Stadt zukämen und welche Auswirkungen auf den Belegungsplan für das Schul- bzw. Vereinsschwimmen zu erwarten seien.

Herr **Meslien** zieht einen Beschluss der Stadtvertretung heran, nachdem 2001 die Öffnung der Schwimmhallen für das Bürgerschwimmen beschlossen worden sei, der aber bis heute nicht umgesetzt sei. Frau **Seifert** erklärt dazu, dass die Entscheidung der Stadtvertretung zur Übergabe des Betriebs an die FIT GmbH aus dem Jahr 2003 diese ältere Entscheidung aufgehoben habe, denn der mit

der FIT GmbH geschlossene Vertrag lasse der Stadt lediglich hinsichtlich des Schul- und Vereinsschwimmens ein Widerspruchsrecht. Ihres Wissens werde die Schwimmhalle Großer Dreesch ausschließlich für Schul- und Vereinsschwimmen in Anspruch genommen und sei damit ausgelastet.

Herr **Schorr**, FIT GmbH, betont, dass die Umsetzung des Beschlussvorschlags erhebliche Eingriffe in die Belegungspläne der Hallen und darüber hinaus Vertragänderungen mit den Nutzern zur Folge hätte.

Die Halle Großer Dreesch sei sechs Tage in der Woche vormittags bis etwa 15 Uhr für das Schulschwimmen und anschließend bis etwa 21 Uhr von Vereinen für das ganze Jahr gebucht und bezahlt.

Eine Nutzung der Halle auf Großer Dreesch für das Bevölkerungsschwimmen würde zudem die Umsetzung von Personal und bauliche Investitionen bedeuten. Allein letztere (Einbau Kassenautomaten, Drehkreuz usw.) beliefen sich nach vorläufiger Schätzung auf etwa 75.000 Euro.

Höhere Kosten wären nicht über Eintrittsgelder refinanzierbar, zumal die Erfahrung zeige, dass eine Nachfrage nach Bevölkerungsschwimmen für die Halle Großer Dreesch nicht zu verzeichnen sei.

Eine weitere Konsequenz der Umsetzung des Beschlusses könne sein, dass die FIT GmbH durch die Bestellung zusätzlicher Leistungen seitens der Stadt mehrwertsteuerpflichtig werde, weil dann der bisher „unechte Zuschuss“ der Stadt steuerlich als „echter Zuschuss“ gewertet werden könne. Aus der Mehrwertsteuerpflicht könne eine Nachzahlung von 130.000 Euro resultieren.

Herr **Steinmüller** hält noch einmal explizit fest, dass nach Auskunft von Frau **Seifert** und Herrn **Schorr** mit der Übergabe der Schwimmhallen an die Fit GmbH 2003 das Bevölkerungsschwimmen aus der Verantwortung der Stadt herausgenommen worden sei und die vollständige Auslastung der Halle Großer Dreesch gegeben sei und keine Zeiten für das Bevölkerungsschwimmen frei seien. Er kritisiert scharf das Sportentwicklungskonzept, demzufolge beide Hallen zukünftig nicht mehr genutzt werden sollten, trotzdem diese ausgelastet seien, seine Ansicht nach aber Bedarf für eine Bevölkerungsschwimmen bestehe. Hinsichtlich der Vorlage schlägt er vor, den Punkt 3 so abzuwandeln, dass er als Prüfauftrag ins Konzept aufgenommen werden solle.

Herr **Meslien** erklärt für die Antragstellerin, mit einer solchen Änderung einverstanden zu sein.

Herr **Strähnz** fordert eine positive Prüfung. Er könne sich die vollständige Auslastung beider Hallen nicht vorstellen; er habe zu Zeiten, als die Hallen demnach hätten belegt sein müssen, diese oft genug leer gesehen.

Herr **Schorr** betont, dass er nicht davon gesagt habe, die Hallen seien ganztägig genutzt, sondern nur von den Buchungen gesprochen habe. Es komme immer wieder vor, dass Vereine die gebuchten Zeiten nicht wahrnahmen. Solche Zeiten könne man aber nicht anderweitig vergeben, zumal sie von den Vereinen bezahlt seien.

Herr **Meslien** darum, in der nächsten Sitzung des Ausschusses den Vertrag mit

der FIT GmbH vorzulegen.

Herr **Jähnig** stellte darauf hin den zu einem Prüfauftrag veränderten Text zur Abstimmung (Änderung unterstrichen).

„3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die beiden vorhandenen Schwimmhallen auf dem Dreesch und in Lankow sowohl für das Bevölkerungsschwimmen als auch für Sportvereine zur Verfügung gestellt werden können. Hierzu wird die bewährte wochetagesabhängige Nutzungsverteilung wieder eingeführt.“

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt einstimmig den geänderten Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5.3 Aufnahme des Sportplatzes Neumühle in das Sportkonzept der Stadt Vorlage: 01832/2007

Bemerkungen:

Herr **Jähnig** ruft den Tagesordnungspunkt 5.3 auf und gibt wegen eigener Befangenheit die Leitung der Sitzung an seinen Stellvertreter, Herrn **Riedel**, ab. Zugleich erklärt er, zum Tagesordnungspunkt als amtierender Vorsitzender des Ortsbeirats Neumühle namens des Ortsbeirats zu sprechen und übergibt Sitz und Stimme an das stellvertretende Mitglied des Ausschusses, Herrn **Steinmüller**.

Für den Ortsbeirat erklärt Herr **Jähnig**, dass dieser mit der Einarbeitung des vorliegenden Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den vom Ortsbeirat erarbeiteten eigenen Antrag einverstanden sei. Dem Ortsbeirat gehe es vor allem darum, eine rechtliche Sicherheit zum Erhalt des Sportplatzes zu bekommen und bat um eine entsprechende Prüfung durch die Fachämter, ob diese mit der Aufnahme in das Sportstättenentwicklungskonzept gegeben sei.

Herr **Junghans** betont, dass die Funktion des Sportentwicklungskonzepts in der Setzung von Prioritäten beim Ausbau oder Sanierung von Sportstätten liege. Es gehe also nicht um Erhalt oder Aufgabe von Sportanlagen. Er las eine baurechtliche Beurteilung des Amtes für Bauen vor, nach der in Neumühle eine Sport- und Spielfläche am Leuschenberg im von der Stadtvertretung verabschiedeten Bebauungsplan rechtlich verbindlich festgelegt sei. Für den bestehenden Sportplatz Kuckuckstraße gebe es keinen B-Plan und damit auch keine rechtsverbindliche Festlegung auf den Erhalt der jetzigen Nutzung.

Herr **Meslien** vertritt hinsichtlich Sportkonzept die Ansicht, dass unter dieser Perspektive eine Aufnahme des Sportplatzes Neumühle nicht die gewünschte rechtliche Gewähr zum Erhalt biete. Er schlägt deshalb vor, doch die

Stadtvertreter einen direkten Beschluss zum dauerhaften Erhalt des Sportplatzes fassen zu lassen.

Herr **Jähnig** weist zudem noch auf den Flächennutzungsplan der Stadt hin, der für die Fläche des Sportplatzes Kuckuckstraße die Signatur einer Wohnbebauung aufweise; so dass der Sportplatz durchaus eines Tages einer Wohnbebauung weichen könne, wenn das nicht entweder durch Aufnahme in das Sportstättenkonzept oder Stadtvertretungsbeschluss die Rechtssicherheit, die der Ortsbeirat fordere, geschaffen werde..

Herr **Riedel** bedeutet, dass der Bauausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt habe, insofern das Anliegen auch in diesem Ausschuss unterstützt werde.

Herr **Junghans** erinnert erneut an die besondere Funktion des Sportstättenkonzept. Er sei deshalb der Ansicht, die Absicherung des Erhalts der Sportanlage gehöre nicht hinein. Das Konzept werde damit überfordert.

Verschiedene Ausschussmitglieder regen an, dem Vorschlag von Herrn **Meslien** zu folgen. Frau **Voss** erklärt für die Antragsteller, dass damit die Intention des Antrags erfüllt werde und sie mit einer Umformulierung des Beschlussvorschlags einverstanden sei, wenn der dauerhafte Erhalt eines Sportplatzes in Neumühle sichergestellt werden könne.

Herr Riedel stellt den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung, dem der Ausschuss einstimmig zustimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die wie folgt geänderte Vorlage:

„Die Stadtvertretung möge beschließen, in Neumühle einen Sportplatz dauerhaft zu erhalten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6

Sonstiges

Bemerkungen:

Herr **Steinmüller** macht namens des Ortsbeirats Altstadt, Schelfstadt, Werdervorstadt den Ausschuss auf ein Problem mit der Sporthalle in der Amtstraße aufmerksam.

Mit dem Sportverein „Balance“ solle ein Vertrag über die Nutzung der Halle abgeschlossen werden, der entgegen vorheriger Absprachen, für den Verein ungünstigere Finanzmodalitäten enthalten solle. Er bitte möglichst bis Jahresende um Klärung der Angelegenheit, weil der Verein mit seinen Aktivitäten in der Halle beginnen wolle.

gez. Claus Jürgen Jähmig

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer